

16. Wahlperiode

Antrag

der Fraktion der CDU

Runden Tisch gegen Linksextremismus einrichten

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen Runden Tisch gegen Linksextremismus bei der Senatsverwaltung für Inneres und Sport einzurichten. Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 30. September 2009 zu berichten.

Begründung:

Linksextreme Gewalt ist in Berlin längst zu einem Alltagsphänomen geworden. Das gilt besonders für die Innenstadtbezirke. Brennende Autos, Buttersäureanschläge auf Restaurants, ein mit gewalttätigen Mitteln geführter Kampf um linke Objekte (sogenannte „Freiräume“) – beinahe täglich meldet die Polizei schwere Übergriffe. Der Lagebericht zur *Politisch Motivierten Kriminalität – links* weist für das Jahr 2008 165 Gewaltdelikte aus. Vom enormen Gewaltpotential der extremen Linken zeugen auch die schweren Ausschreitungen am 1. Mai 2009. Laut Polizeiangaben wurden insgesamt 440 Polizisten verletzt, 21 Kräfte konnten ihren Dienst nicht fortsetzen.

Die Gefahr, die vom linksextremen Spektrum für unsere Gesellschaftsordnung ausgeht, ist vom Senat viel zu lange ignoriert oder heruntergespielt worden. Berlin braucht endlich ein entschiedenes Vorgehen gegen Linksextremismus, Intoleranz und Gewalt. Es braucht wirksame Antworten auf diese Bedrohung, um die Menschen in den Kiezen zu schützen. Zudem müssen Handlungsstrategien erarbeitet werden, damit dieses demokratie- und menschverachtende Gedankengut nicht in den Köpfen junger Menschen verfährt.

Ein Runder Tisch, angesiedelt bei der Senatsverwaltung für Inneres, soll dem Informationsaustausch dienen und durch den Dialog von Experten und Betroffenen Lösungsansätze entwickeln. Neben Politikern, Polizei und Staatsanwaltschaft sollen auch Anwohnerinitiativen, z.B. die Organisatoren des Myfestes, Gewerbetreibende, Sozialarbeitern etc. beteiligt werden. Dabei wird vorausge-

Die Drucksachen des Abgeordnetenhauses können über die Internetseite

www.parlament-berlin.de (Startseite>Parlament>Plenum>Drucksachen) eingesehen und abgerufen werden.

setzt, dass die Mitglieder des Runden Tisches selbst rechtschaffene Demokraten sind und jeglicher Gewalt abschwören.

Der politische Extremismus, egal welcher Art, muss von allen demokratischen Parteien mit rechtsstaatlichen Mitteln bekämpft werden. Der Innensenator kann mit seinem Dienstwagen flüchten, die Menschen in den betroffenen Kiezen können es nicht.

Berlin, den 05. Mai 2009

Henkel Gram Juhnke
und die übrigen Mitglieder der Fraktion der CDU